

Umfrage

Potentiale von Open Government für österreichische Nationalratsabgeordnete

Open Government kann als übergeordnete Strategie auf dem Weg zu weiteren Konzepten wie Open Data oder Government 2.0 definiert werden. Als deren Ursprung wird häufig auf die Administration von Präsident Obama und die entsprechenden Grundsätze des Weißen Hauses mit den Definitionen der drei Säulen des Open Governments – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit – verwiesen.

In diesem Bereich zeigt sich, dass eine politische Willensbekundung zur Umsetzung die Auseinandersetzung mit dem Thema stark beeinflusst. In vielen Ländern wie den USA, Großbritannien, Kanada aber auch in europäischen Ländern wie Dänemark und Spanien, sowie in vielen Gemeinden und Ländern in Deutschland oder den Städten Wien und Linz in Österreich ist Open Government bereits als politisches Thema angekommen.

Die vorliegende Umfrage von Open3.at in Kooperation mit der Donau-Universität Krems hatte das Ziel zu evaluieren, in wie weit das Themenfeld Open Government bereits in den politischen Alltag der österreichischen Nationalratsabgeordneten eingeflossen ist, und wie die Nationalratsabgeordneten zu den einzelnen Prinzipien – allen voran Transparenz und Partizipation – stehen und welche Chancen und Risiken sie sehen. Eines der Forschungsinteressen war dabei die Frage, inwieweit gewisse Betrachtungselemente persönlich gesehen werden.

In der Zeit von 15.3.2011 (09:00) bis 31.3.2011 (18:00) wurden alle 183 österreichischen Nationalratsabgeordneten über die auf www.parlament.gv.at publizierten E-mail-Adressen kontaktiert und eingeladen, mittels eines elektronischen Fragebogens an der Umfrage teilzunehmen. Technisch wurde sichergestellt, dass pro Person nur ein Fragebogen ausgefüllt werden konnte (Einmalschlüssel). Die Nationalratsabgeordneten wurden persönlich über ihren Namen adressiert. Somit konnte ein wesentlicher Nachteil von Internetbefragungen (Abgrenzung der relevanten Grundgesamtheit) eliminiert werden.

Bezüglich der technischen Umsetzung ist eine Rückführung der Ergebnisse auf die einzelne Person bzw. eine nachträgliche Personalisierung jedoch nicht möglich. Die einzigen Daten, die in der Statistik aufscheinen, sind die Anzahl der ausgefüllten Fragebögen pro Parlamentspartei.

Gesamtanzahl der avisierten Personen: **183**

Gesamtanzahl der eingegangenen Fragebögen:	42 (22,95%)
--	--------------------

Opt out genutzt	2 (1,1%)
-----------------	-----------------

Der Fragebogen bestand aus acht Fragenbereichen. Bei den Fragen A(1-3), B, E, F, G konnte jeweils nur eine Antwortmöglichkeit ausgewählt werden, bei den Fragen C, D waren Mehrfachantworten (2 aus 4) möglich. Bei Frage 8 handelte es sich um eine offene Frage, bei der zusätzliche Information mitgeteilt werden konnte, die zuvor nicht abgedeckt wurde.

Allgemeine Interpretation und Zusammenfassung

Es zeigt sich, dass Open Government/Open Data bereits als politischer Bereich im österreichischen Parlament angekommen ist. Die Ergebnisse weisen insgesamt in die Richtung „mehr an Transparenz und Partizipation“. Insbesondere der Bereich Zusammenarbeit erfährt sehr große Zustimmung. Erwartungsgemäß ist die die Zustimmung im Bereich „Transparenz“ besonders hoch.

Open Government als Thema wird jedoch unterschiedlich bewertet und ist für viele derzeit nur ein Nebenschauplatz. Hier könnte unter Umständen die politische Zugehörigkeit oder die Offenheit einer Person gegenüber neuen politischen Strömungen eine Rolle spielen. Für eine genauere Interpretation in dieser Hinsicht ohne weitgehende Spekulationen wären jedoch qualitative Befragungen notwendig.

Beim Fragenkomplex über Chancen und Risiken werden Verständnis für politisches Handeln (Politikgebaren) und Kontrollmöglichkeiten von politischem Handeln als Chancen gesehen, die Möglichkeit der absichtlichen oder unabsichtlichen Missinterpretation von Daten und Informationen oder die Vergrößerung der digitalen oder auch sozialen Kluft in der Gesellschaft werden als die größten Risiken angegeben. Diese Ergebnisse sind nicht allzu überraschend zu werten, mit der Ausnahme des Befundes, dass die wirtschaftlichen Potentiale von Open Government nicht zentral gesehen werden.

In Bezug auf die Veröffentlichung von Daten spricht sich die Mehrheit der Befragten dafür aus, dass Daten möglichst kostenfrei und vollumfänglich publiziert werden, obwohl auch Kostenpflicht als Option gesehen wird.

Eindeutig sind die Ergebnisse im Bereich der rechtlichen Rahmenbedingungen: So wünschen sich die Parlamentarier entweder ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz oder gesetzliche Grundlagen in bestehenden Gesetzen.

Allgemein wird Partizipation von den TeilnehmerInnen hoch eingestuft, wobei eindeutig eine elektronische Komponente zu bemerken ist (beispielsweise ePartizipation). Beteiligung wird gefordert, jedoch mit der Notwendigkeit direktdemokratischer Elemente. Weitere wichtige Themenkomplexe, die thematisiert wurden, waren die digitale bzw. soziale Kluft sowie der Bereich Wissensaufbau.

In der Folge findet sich eine Übersicht und Interpretation der Ergebnisse zu den einzelnen Fragebereichen.

Die Rohdaten der Umfrage können im Sinne von Open Data auf <http://open3.at/studie> heruntergeladen werden.

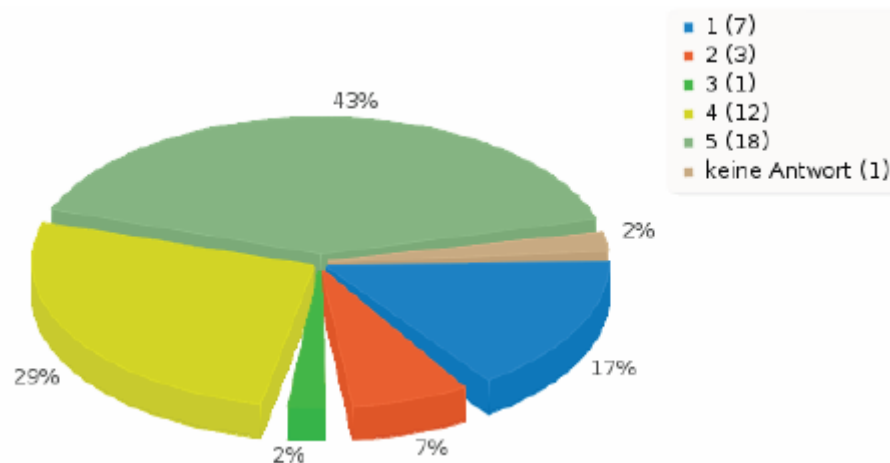
Frage A1

Open Government besteht aus drei inhaltlichen Säulen – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Wir ersuchen Sie um eine persönliche Einschätzung, wie wichtig und vorrangig Umsetzungen in den drei Feldern sind.

(1 = unwichtig, 5 = sehr wichtig)

Transparenz

	Anzahl	Prozent
1	7	16,67
2	3	7,14
3	1	2,38
4	12	28,57
5	18	42,86
Keine Antwort	1	2,38



Interpretation

Klare Präferenz für Transparenz

Für fast die Hälfte der teilnehmenden Nationalratsabgeordneten ist Transparenz sehr wichtig. Zählt man auch die Einschätzung „wichtig“ hinzu, ergibt dies eine klare Mehrheit. Signifikanter ist, dass sich 17% der Befragten dafür aussprechen, dass Transparenz überhaupt nicht wichtig ist. Die beiden untersten Antwort-Skalierungen (1+2) zusammengezählt ergibt dieses Segment immerhin ein Viertel der Gesamtstichprobe. Auffallend ist bei dieser Frage, dass der Mittelwert (3) kaum vorkommt. Weiteren qualitativen Studien ist es vorbehalten, diesen Bereich auf den Zusammenhang zu demografische Daten oder politischer Zugehörigkeit zu hinterfragen.

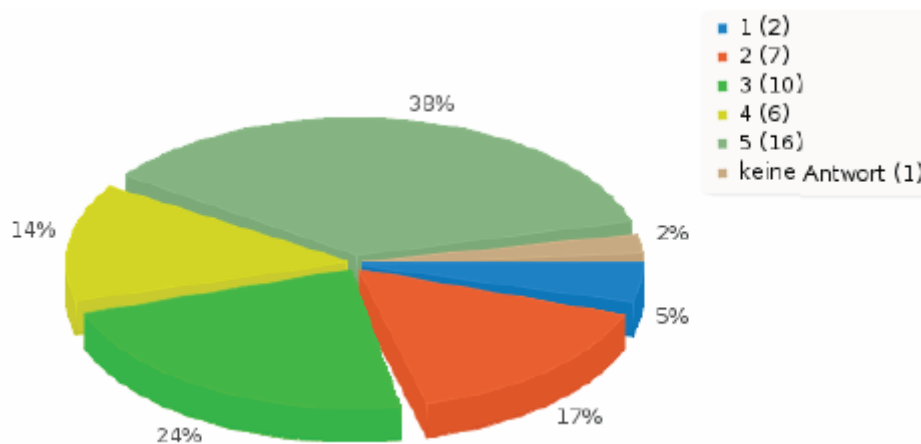
Frage A2

Open Government besteht aus drei inhaltlichen Säulen – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Wir ersuchen Sie um eine persönliche Einschätzung, wie wichtig und vorrangig Umsetzungen in den drei Feldern sind.

(1 = unwichtig, 5 = sehr wichtig)

Partizipation

	Anzahl	Prozent
1	2	4,76
2	7	16,67
3	10	23,81
4	6	14,29
5	16	38,10
Keine Antwort	1	2,38



Interpretation

Die Umsetzung von Partizipationsmöglichkeiten ist wichtig

Fast die Hälfte gibt an, dass das Thema Partizipation für sie sehr wichtig oder zumindest wichtig ist (4+5). Im Gegensatz zur Bewertung von Transparenz zeigt sich hier jedoch keine absolute Mehrheit (A1). Hier befindet sich ein Viertel der Befragten im Mittelwert (3) und steht daher dem Thema indifferent gegenüber. Ein weiteres Viertel (ähnlich wie beim Begriff Transparenz) positioniert sich in einem Bereich, in dem das Thema uninteressant oder eher uninteressant (1+2) ist (21,4%). Allerdings ist das Thema Partizipation im Vergleich zur Transparenz für wenige Befragte generell „unwichtig“ (1). Auch das deutet auf eine allgemeine Indifferenz bei beiden Themen hin. Vielleicht rührt dies daher, dass das Thema Partizipation überhaupt inhaltlich schwerer zu fassen ist, als das Thema Transparenz oder aber als Antipode zur repräsentativen Demokratie gesehen wird.

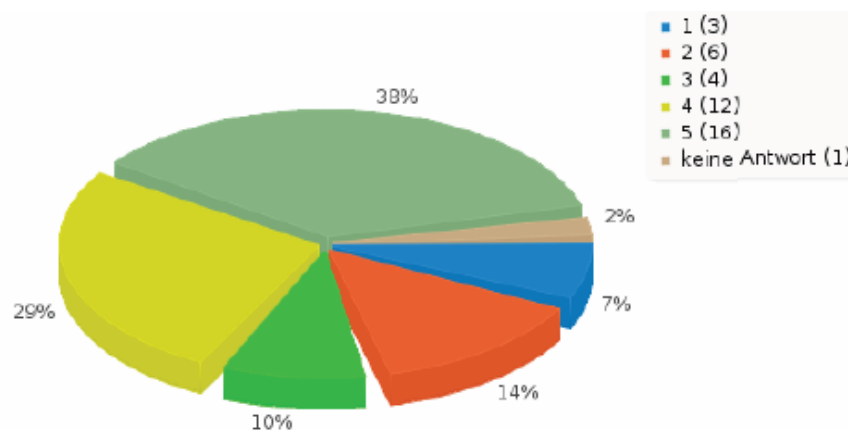
Frage A3

Open Government besteht aus drei inhaltlichen Säulen – Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit. Wir ersuchen Sie um eine persönliche Einschätzung, wie wichtig und vorrangig Umsetzungen in den drei Feldern sind.

(1 = unwichtig, 5 = sehr wichtig)

Zusammenarbeit

	Anzahl	Prozent
1	3	7,14
2	6	14,29
3	4	9,52
4	12	28,57
5	16	38,10
Keine Antwort	1	2,38



Interpretation

Zusammenarbeit ist sehr wichtig

Obwohl dieses Thema inhaltlich am wenigsten spezifiziert ist¹, wurde es bei der vorliegenden Umfrage sehr positiv bewertet. Die Nicht-Spezifizierung des Begriffes in der Umfrage wurde bewusst gewählt, da die Trias der drei Begriffe Transparenz, Partizipation und Zusammenarbeit derzeit generell wenig spezifiziert ist. Eine Mehrheit sieht das Thema (sehr) wichtig (4+5) (66,67%). Wiederum findet sich knapp ein Viertel im Bereich der Unwichtigkeit (1+2), welcher über alle Themen stabil ist. Signifikant, aber wesentlich weniger als beim Thema Partizipation weist sich hier der Mittelwert aus (3). Weiterführende qualitative Befragungen könnten hier einen Zusammenhang zur Parteilzugehörigkeit aufzeigen und den Bereich „Zusammenarbeit“ auf konkrete Vorstellungen sowie den Zusammenhang zu demografische Daten oder politischer Zugehörigkeit hinterfragen.

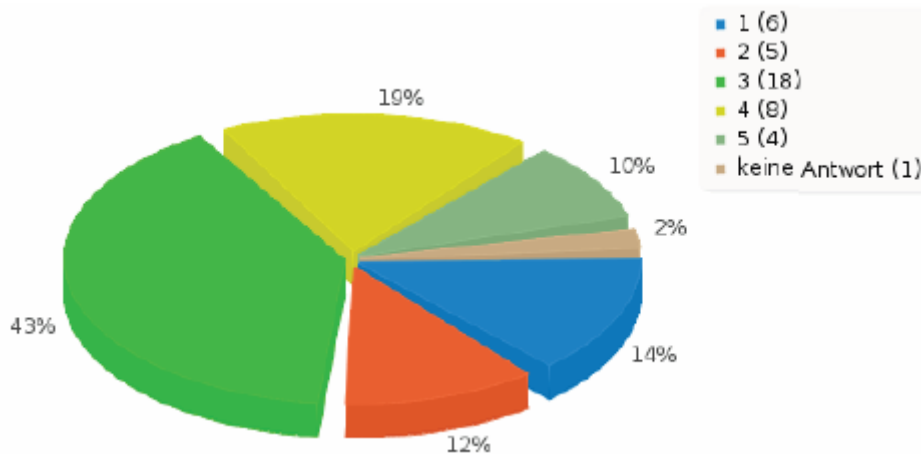
¹ ein allgemeines Problem des Open Government-Konzeptes

Frage B

Wie sehr ist bei Ihnen als politische(r) EntscheidungsträgerIn das Thema „Open Government“ bereits in ihr Arbeitsumfeld eingeflossen?

(1 = sehr wenig, 5 = sehr viel)

	Anzahl	Prozent
1	6	14,29
2	5	11,90
3	18	42,86
4	8	19,05
5	4	9,52
Keine Antwort	1	2,38



Interpretation

Open Government ist kein unbekanntes Konzept, aber trotzdem nicht prioritär

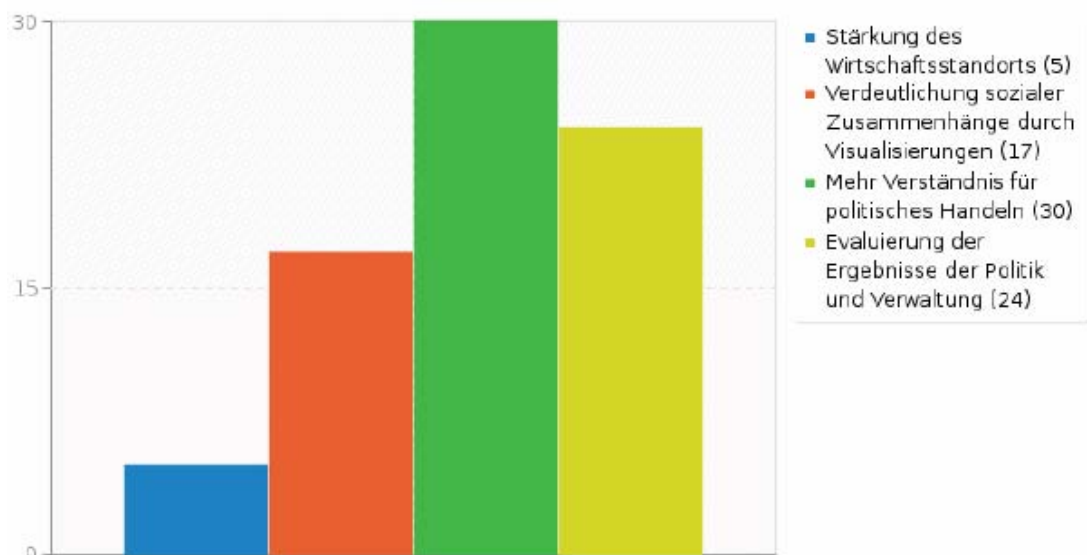
Fast die Hälfte der Befragten wählt hier den Mittelwert (3). Das deutet auf eine allgemeine Bekanntheit des Themas hin, das vielleicht schon eine Rolle spielt, aber noch nicht oder wenig mit persönlichen Schritten in diese Richtung verbunden ist. Etwas mehr als ein Viertel der Befragten finden sich in den Bereichen (sehr) viel (4+5) und (sehr) wenig (1+2), die Unterschiede dabei sind marginal in Richtung 4+5. Es zeigt sich daher eine unterschiedliche Dynamik des Themas Open Government im Parlament, die wiederum mit der Parteilichkeit korrelieren könnte. Auf Grund der strengen Anonymität der Umfrage und deren quantitativer Ausrichtung ist eine genauere Interpretation hier jedoch nicht möglich. In strategischer Hinsicht und um Open Government in Zukunft im Parlament präsenter zu machen, ist - betrachtet man den Fragenkomplex A - wahrscheinlich ein Einstieg über die Thematik „Transparenz“ (Beispielsweise über Open Government Data) am geeignetsten.

Frage C

Welche Chancen sehen Sie für Österreich im Bereich "Transparenz" (Open Government Data)?

Auswahlmöglichkeit „2 aus 4“

	Anzahl	Prozent
Stärkung des Wirtschaftsstandorts	5	11,90
Verdeutlichung sozialer Zusammenhänge durch Visualisierungen	17	40,48
Mehr Verständnis für politisches Handeln	30	71,43
Evaluierung der Ergebnisse der Politik und Verwaltung	24	57,14
	42	100%



Interpretation

Politik sehen, kontrollieren und soziale Zusammenhänge verstehen

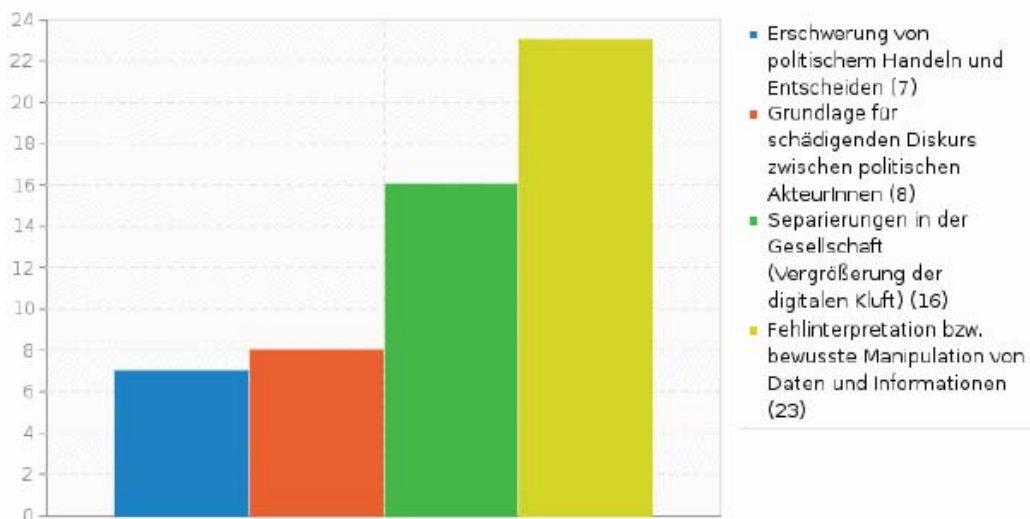
Die Ergebnisse zeigen deutlich, dass Open Government viel stärker mit sozialen als mit wirtschaftlichen Faktoren in Zusammenhang gebracht wird. Das ist insofern interessant, da gerade das Argument der Stärkung des Wirtschaftsstandorts in Zeiten budgetärer Kürzungen häufig herangezogen wird. Das größte Potential von Open Government liegt für die befragten PolitikerInnen in einem größeren Verständnis für ihr Handeln. Dies könnte ein Hinweis darauf sein, dass die Entkoppelung von Politik und der Bevölkerung (Systemkritik, Parteien-Verdrossenheit) auch von PolitikerInnen so wahrgenommen wird. Open Government würde dann v.a. als Chance für mehr Verständnis gesehen. Auch die Evaluierung der Ergebnisse von Politik und Verwaltung (Kontrollmöglichkeit) wird von der Mehrheit (57%) als größte Chance wahrgenommen. Das ist auch international ein Hauptargument für Open Government.

Frage D

Welche Risiken sehen Sie für Österreich im Bereich "Transparenz" (Open Government Data)?

Auswahlmöglichkeit „2 aus 4“

	Anzahl	Prozent
Erschwerung von politischem Handeln und Entscheiden	7	16,67
Grundlage für schädigenden Diskurs zwischen politischen AkteurInnen	8	19,05
Separierungen in der Gesellschaft (Vergrößerung der digitalen Kluft)	16	38,10
Fehlinterpretation bzw. bewusste Manipulation von Daten und Informationen	23	54,76
	42	100%



Interpretation

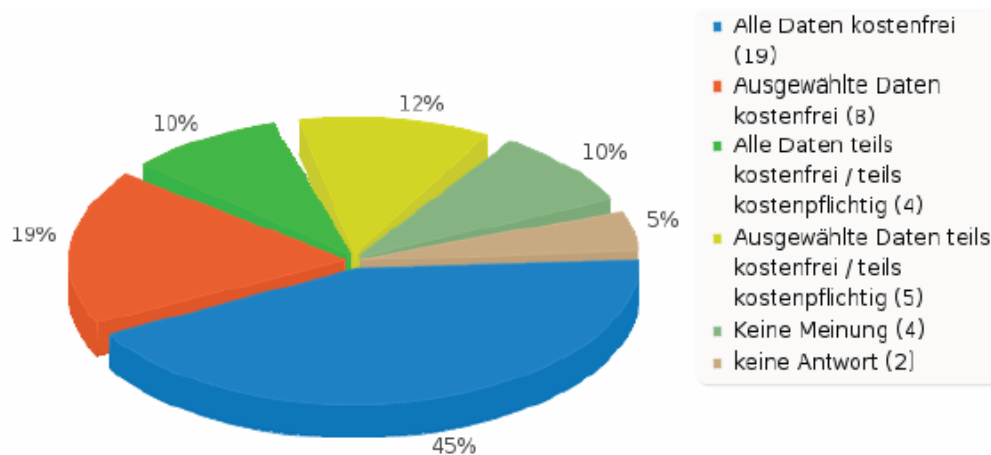
Angst vor Fehlern und Separierung der Gesellschaft

Die signifikante Mehrheit der Nennungen betrifft nicht die Erschwerung politischen Handelns durch eine direktere Kontrolle durch die Bevölkerung (Machtverlust), sondern bezieht sich auf eine sehr fachlich-pragmatische Sicht: dass es zu Fehlinterpretationen und bewusste Manipulationen von Daten/Informationen kommen könnte. Dies ist sicherlich ein Risikobereich im Bereich Open Government, der auch international breit diskutiert wird. Der „soziale“ Aspekt der digitalen Kluft und gesellschaftlichen Separierung (implizit auch die Kluft der Wissensgesellschaft), wird ebenfalls signifikant häufig genannt.

Frage E

Bei vorhandenem Beschluss zur Umsetzung von Open Government Data in Österreich:
 wie sollen öffentliche (nicht-personalisierte) Daten publiziert werden?

	Anzahl	Prozent
Alle Daten kostenfrei	19	45,24
Ausgewählte Daten kostenfrei	8	19,05
Alle Daten teils kostenfrei / teils kostenpflichtig	4	9,52
Ausgewählte Daten teils kostenfrei / teils kostenpflichtig	5	11,90
Keine Meinung	4	9,52
Keine Antwort	2	4,76



Interpretation

Open Government Data bedeutet tatsächlich Open Data!

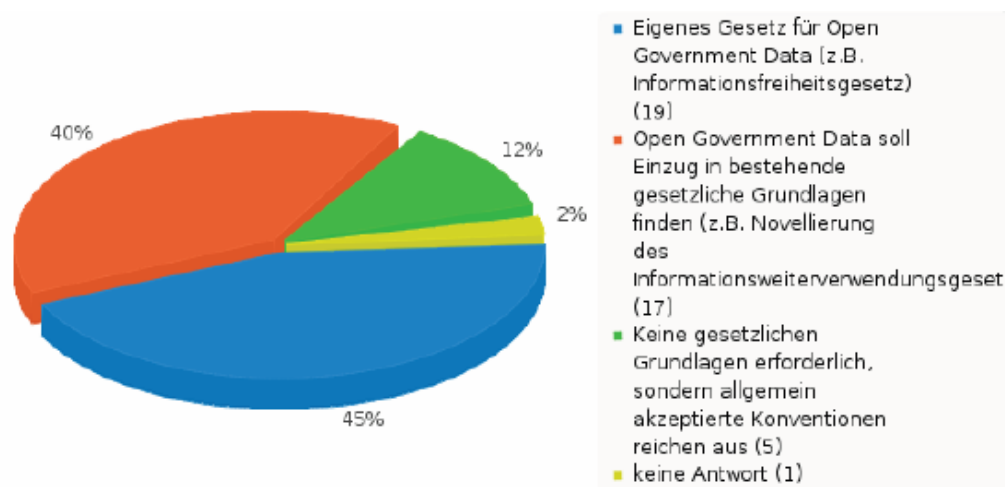
Fast die Hälfte der Befragten sprechen sich für völlige Transparenz aus, also Open Government Data strikt nach den definierten Prinzipien². Die gute Mehrheit spricht sich für die Freigabe aller Daten aus, wobei „ausgewählte“ Daten nur von 31% genannt werden. Die klare Mehrheit ist für eine kostenfreie Publikation (64%). Dieses Ergebnis kann zum derzeitigen Diskurs im Open Government Data und der Frage nach dem „Wie“ der Veröffentlichung einiges beitragen. Dass hier viele der Befragten noch keine Meinung abgegeben haben (15%), ist aufgrund der sehr fachlichen Frage, die ein gewissen Vorwissen über die Materie Open Government Data erfordert, nicht überraschend.

² Siehe hierzu beispielsweise die von der US Arbeitsgruppe Open Government formulierten Prinzipien auf [data.gov.uk](http://data.gov.uk/wiki/Public_Data_Principles): http://data.gov.uk/wiki/Public_Data_Principles

Frage F

Auf welchen rechtlichen Grundlagen soll Open Government Data in Zukunft aufbauen?

	Anzahl	Prozent
Eigenes Gesetz für Open Government Data (z.B. Informationsfreiheitsgesetz)	19	45,24
Open Government Data soll Einzug in bestehende gesetzliche Grundlagen finden (z.B. Novellierung des Informationsweiterverwendungsgesetzes)	17	40,48
Keine gesetzlichen Grundlagen erforderlich, sondern allgemein akzeptierte Konventionen reichen aus	5	11,90
Keine Antwort	1	2,38



Interpretation

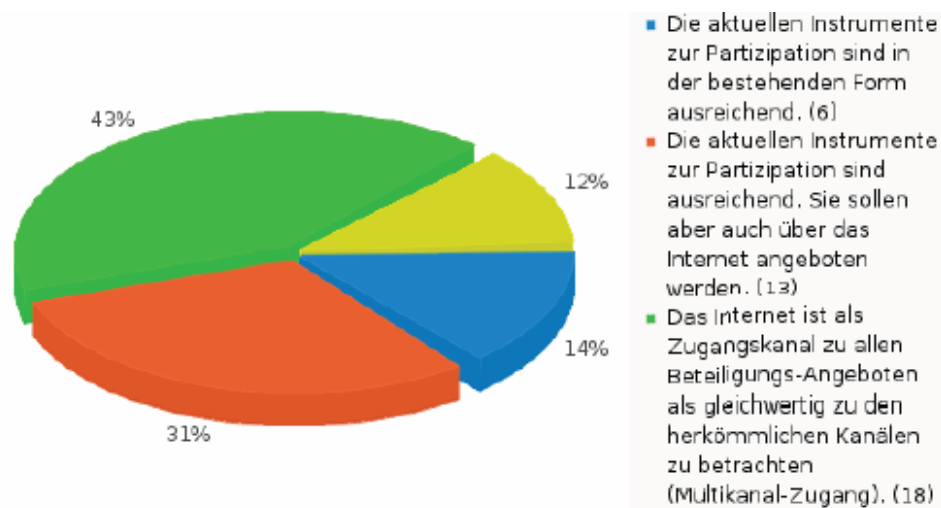
Das Thema Open Government Data muss gesetzlich geregelt werden

Hier sind die Ergebnisse und Präferenzen der Befragten sehr eindeutig: Entweder soll ein eigenes Informationsfreiheitsgesetz verabschiedet (45%) oder die Inhalte in bestehende Gesetze integriert werden (40%). Es scheint klar, dass Konventionen auch in diesem Bereich, zumindest nach der Sicht des Gesetzgebers, nicht ausreichen.

Frage G

Bezüglich des Themenbereichs „Partizipation“: Sind die aktuellen direktdemokratischen Instrumente auch in Zukunft ausreichend oder werden sich neue partizipative Instrumente etablieren?

	Anzahl	Prozent
Die aktuellen Instrumente zur Partizipation sind in der bestehenden Form ausreichend	6	14,29
Die aktuellen Instrumente zur Partizipation sind ausreichend. Sie sollen aber auch über das Internet angeboten werden	13	30,95
Das Internet ist als Zugangskanal zu allen Beteiligungs-Angeboten als gleichwertig zu den herkömmlichen Kanälen zu betrachten (Multikanal-Zugang)	18	42,86
Keine Antwort	5	11,90



Hinweis:

Hier hat sich ein kleiner Fehlerteufel reingeschlichen. Bei der dritten Auswahlmöglichkeit fehlte der erste Halbsatz „Es wird neue Beteiligungsangebote geben,...“, wodurch eine mögliche Verzerrung der Antwortmöglichkeit mitzubedenken ist.

Interpretation

Partizipation und Internet hängen zusammen

Fast die Hälfte gibt an, dass Partizipation und Internet unweigerlich zusammengehören, was dem Bereich ePartizipation großes Potential zuspricht. Trotzdem sind 14% der Befragten mit den aktuellen Instrumenten zufrieden und 12% enthielten sich der Antwort. Es ist aber anzunehmen, dass die Ausweitung von Partizipationsmöglichkeiten, insbesondere durch die Nutzung neuer Medien und die Verbreitung elektronischer Formen des politischen Engagements, von den Befragten begrüßt wird. Siehe dazu auch die offene Antwortmöglichkeit (Frage H).

Frage H

In einem achten Bereich wurde die Möglichkeit geboten, freie Information über Open Government und Open Data einzufügen. Davon wurde jedoch nur sehr selten Gebrauch gemacht.

6 befragte Nationalratsabgeordneten füllten diesen Bereich aus (3,28%).

1. Sind aus Ihrer Sicht eher zu viele oder zu wenig der mit öffentlichem Geld erhobenen Daten digital öffentlich bzw. zugänglich?
2. Österreich hat leider keine aktiven Erfahrungen im praktischen Umgang mit Partizipation auf allen Ebenen (Parlament, Landtage, gemeinderät/Bezirksräte)- dies gilt es zu bedenken bei etwaiger Umsetzung
3. Transparenz als vertrauensbildende bzw -festigende Maßnahme polit. und wirtschaftlich als Mittel gg. Korruption
4. ad Frage G: auch neben dem Internet als Zugangskanal halte ich die aktuellen Instrumente zur partizipation noch nicht für ausreichend.
5. digitale kluft dringend berücksichtigen - prinzipiell eine riesenchance
6. Viele Web 2.0-Technologien stehen bereits heute allen Interessierten zur Verfügung, das ist noch viel zu wenig bekannt. Eine weitere Öffnung im Sinne von Open Government ist eine große Chance, die Art des Regierens und der Verwaltung zu verändern. Wenn die Bevölkerung mehr eingebunden wird, dann kann auch der Stellenwert der Demokratie und das Vertrauen in staatliche Institutionen sowie in die Politik generell wieder verbessert werden. Natürlich halte ich es für möglich, dass manche Politiker in einer Öffnung die Gefahr von Repräsentationsverlusten sehen könnten, das wäre aber ein sehr kurzsichtiges Denken.

Interpretation:

Partizipation soll gefördert werden, aber die aktuellen Instrumente hierfür sind noch nicht ausreichend bzw. noch zuwenig bekannt. Das korreliert etwas mit dem Ergebnis im A-Fragenbereich. Generell kann festgehalten werden, dass hier (H) Transparenz und Offenheit gefordert werden, auch wenn dies eine Veränderung der politischen Realität bedeuten würde. Auch hier werden einmal mehr soziale Aspekte (z.B. Wissensaufbau, digitale Kluft) genannt.

Wir bedanken uns bei allen TeilnehmerInnen an der Umfrage. Wenn Sie uns Feedback geben wollen, oder auch Anfragen zum Thema Open Government und Open Data haben, ersuchen wir um Kontaktnahme unter office@open3.at.